

DEUTSCHLAND=UNION=DIENTST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 . Fernsprecher: 77 178 / 77 906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postfachkonto: Frankfurt M. 39967 . Bankkonto: Heffliche Bank, Frankfurt M. 125739

beide unter Arbeitgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands

Nr. 10 / 3. Jhrg. (C)

Frankfurt a.M., 15. Januar 1949.

Seite 1

Sie lesen heute:

Innenpolitik

Der Grenzland-Ausschuß von Rheinland-Pfalz unternahm in Begleitung des Ministerpräsidenten Altmeier und des Sozialministers Junglas (beide CDU) eine Besichtigung der Stadt Bitburg. Die Besichtigung anderer Grenzbezirke soll demnächst folgen und dem Landtag ein umfassendes Programm zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage in diesen Gebieten zugeleitet werden.

Berlin

Die Regierung von Rheinland-Pfalz hat die Bevölkerung aufgerufen, Freistellen für Berliner Kinder im Alter von 9 bis 16 Jahren zur Verfügung zu stellen.

Aus den Parteien.

August Haussleiter, der stellvertretende Landesvorsitzende der CSU, erklärte, daß die "Deutsche Union" keine neue Partei werden solle, sondern daß es sich um eine überparteiliche Arbeitsgemeinschaft junger, undoktrinärer Politiker aus allen Parteien handelt.

Der "Bund für Deutschlands Erneuerung", dessen Initiator Otto Strasser ist, wurde von General Clay am 10. Januar verboten. Nach Auffassung der amerikanischen Militärregierung handelt es sich um eine nationalistische, faschistische Bewegung, die in ihrem Programm u.a. die Wiedereinführung des nationalistischen Erbhofsystems befürwortet.

Ostzone

Leipziger Schulräte haben beschlossen, die Hennecke-Bewegung auch in den Schulen einzuführen. Besonders die Gedichte Schillers wurden wegen ihrer Länge als "zeitraubend" bezeichnet. Der Vertreter der SED schlug deshalb vor, diese Gedichte wesentlich zu kürzen.

Wirtschaftspolitik

Der Ministerrat von Rheinland-Pfalz stimmte der gesetzlichen Neuregelung des Handwerkerrechtes zu, das auf Antrag der CDU die Bestimmung enthält, daß der selbständige Betrieb eines Handwerks nur den in die Handwerksrolle eingetragenen Personen gestattet ist. In die Handwerksrolle wird nur eingetragen, wer die Meisterprüfung bestanden und die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen erhalten hat. Das Gesetz wird in der Landtagssitzung am 18. Januar in erster Lesung behandelt.

Professor Erhard behält recht!

Die Preisdebatte ist erneut entbrannt, nachdem es in den letzten Wochen erheblich still darum geworden war. Allerdings zeigt die Debatte ein völlig anderes Gesicht. Klagte man vor wenigen Wochen noch über die ständig steigenden Preise und beschimpfte man jene, die auf das Vorübergehende dieses Zustandes hinwiesen, so lauten die Überschriften der Zeitungen heute etwa so: "Radikaler Preissturz im Westen" (Telegraf), "Erster Preissturz für Gebrauchsgüter" (Weser Kurier), "Der Preisrückgang" (Allgemeine Zeitung) usw. Es tritt also genau das ein, was einsichtige Verfechter der sozialen Marktwirtschaft gegenüber vielfach unsachlichen parteiagitatrischen Kritiken prophezeit hatten.

Wir sind weit davon entfernt, das Preisproblem mit dem Beginn der sinkenden Tendenz der Preise als gelöst zu betrachten. Noch klafft die Preis-schere in einem Ausmaße, das nicht der Auffassung entspricht, die verantwortliche Männer der CDU/CSU von einer echten sozialen Marktwirtschaft haben. Aber es sind doch Ereignisse eingetreten, die den Voraussagen Professor Erhards recht zu geben scheinen und einen gesunden Optimismus gerechtfertigt erscheinen lassen.

Vor allem hat endlich die Exekutive begriffen, daß es sehr wohl gesetzliche Maßnahmen gibt, die es erlauben, überhöhten Preisen wirksam zu Leibe zu gehen und die Preissünder empfindlich zu bestrafen. Das von der CDU/CSU eingebrachte Preiswuchergesetz spielt dabei eine erhebliche Rolle. Anerkennenswerterweise beteiligen sich heute auch Dienststellen an der Preisüberwachung, deren verantwortliche Persönlichkeiten sich zuvor offenbar aus parteipolitischer Gegnerschaft gegen die Politik der CDU/CSU vielfach nicht zu voller Unterstützung entschließen konnten. Man sieht also, in verantwortungsbewußter Zusammenarbeit der Parteien läßt sich vieles erreichen.

Zum zweiten hat das Weihnachtsgeschäft allen Anschein nach eine Entwicklung begünstigt, die in voraus nicht immer klar durchschaut wurde. Wie aus Kreisen der Banken zu erfahren ist, haben zahlreiche Geschäftsleute in Erwartung eines außergewöhnlich guten Weihnachtsgeschäftes sich verleiten lassen, ihre Warenvorräte über normales Maß hinaus auf Wechsel oder Kredit einzukaufen. Da aber die Preise der meisten Artikel, insbesondere aus nicht lebensnotwendigen Branchen, keineswegs dem Geldbeutel der Käufer angepaßt waren, sind viele Kaufleute auf ihrer Ware sitzen geblieben. Ein Teil hat allerdings noch vor dem Fest gemerkt, was gespielt wurde, und hat hier und da rigoros die Preise herabgesetzt, vor allem für Lederwaren, Kosmetik, Geschenkartikel und zum Teil auch für Textilwaren. Aber diese Herabsetzungen konnten die Läger nicht räumen, und so wird Ende Januar eine Serie von Terminen der Wechselrückstellungen beginnen, die mehr als einem unvorsichtigen Kaufmann Kopfschmerzen bereiten werden und für viele den vorläufigen Abschluß ihrer Geschäftstätigkeit bedeuten können. Mit einem Worte: Mit dem Beginn des Monats Februar sind Zahlungsschwierigkeiten zu erwarten, die zu weiteren Preiseinbrüchen führen können. Diese Voraussage wird bestätigt durch eine Häufung des Warenangebots in verschiedenen Branchen zu Preisen, die weit unter denen bleiben, die noch Mitte vorigen Monats genannt wurden. Zwar liegen auch hier wieder jene Artikel vorn, die seinerzeit als erste schwindelnde Preishöhen erklommen, also ausgesprochene Luxuswaren, aber es folgen bereits vorsichtig Gebrauchsartikel aller Art, erfreulicherweise Textilien und Schuhe in erster Linie. Hier beginnt außerdem der Preisdruck des Jedermannprogramms Früchte zu zeitigen, die manche Pessimisten bisher nicht wahrhaben wollten.

Im Hintergrund lauern drohend die Steuertermine und die Zahlungstermine für die Soforthilfe aus dem Lastenausgleich, und in den Kontoren sitzen die Kalkulatoren über den Kostenrechnungen, um zu ergründen, wie man durch äußerste Preisgestaltung dem Kunden entgegenkommen kann, um flüssig zu bleiben.

Im ganzen gesehen: es geht genau das vor sich, was Professor Erhard prophezeite. Wir erleben eine ähnliche Entwicklung wie 1924 nach der Inflation, wo etwa neun Monate nach der Stabilisierung der Mark die Löhne und Preise in das entscheidende Stadium des Auspendelns traten. Der rechnende Verbraucher aber hat abwarten gelernt. Er weiß, daß seine schwerverdiente Mark mit jedem Tag an Wert gewinnt, wenn er sorgsam mit ihr umgeht.

Steigende Steuereinnahmen

Ein durch die Zwangswirtschaft völlig verdorbenes Wirtschaftsleben bedarf zu seiner Normalisierung einer gewissen Zeit. Die Zersetzungssymptome lassen sich nicht von heute auf morgen ausbrennen, und der Egoismus - zu dem sich in der Zwangswirtschaft eine Art Selbsterhaltungstrieb gesellte - braucht am längsten zur Läuterung. In dieser Hinsicht ist die Steuermoral ein entsprechendes Barometer.

Nun meldet die Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zum ersten Male eine Erhöhung des Steueraufkommens über den Durchschnitt des Jahres 1947/48. Der November 1948 brachte diese bedeutsame Wende. Es ist müßig, danach zu fragen, ob die stetige Erhöhung der Steuereingänge auf eine Hebung der Steuermoral zurückzuführen ist oder auf die scharfen Maßnahmen, die in den einzelnen Ländern gegen die Steuerländer ergriffen wurden. Wesentlich ist allein die Tatsache, daß sich die Wirtschaftsbelebung infolge der Einführung der sozialen Marktwirtschaft auch auf den Staat auszuwirken beginnt, der hoffentlich immer mehr in den Besitz jener Mittel gelangt, die zu einem geordneten Gemeinschaftsleben unumgänglich notwendig sind.

Betrachtet man die erhöhten Steuereingänge zahlenmäßig in ihrem Verhältnis zu den Umsätzen und zu jenen der Zeit vor der Währungsreform, so kommt man jedoch zu dem Schluß, daß hier eine erhebliche Lücke klafft. Auch die wachsenden Steuereinnahmen sind bei weitem noch nicht das, was man füglich nach der gebesserten Wirtschaftslage erwarten dürfte. Es wird also weiter hinterzogen, und der relativ günstige Stand der Steuereingänge darf über diese betrübliche Feststellung nicht hinwegtäuschen. Es nützt auch nichts, moralische Betrachtungen anzustellen, deren Wert gleich Null ist, wie die Erfahrung beweist. Notwendig ist es, unentwegt nach Methoden zu suchen, die Steuereingänge an die tatsächliche Wirtschaftslage heranzuführen und auch auf diesem Gebiet normale Zustände anzustreben.

Die angekündigte neue Vorlage zur Steuerreform ist ein solcher Weg. Viel zu lange haben die verschiedenen Instanzen wegen oft geringfügiger formeller und materieller Meinungsstörungen Zeit verstreichen lassen, die in diesem Falle buchstäblich Geld ist. Die Reform ist aus gewichtigen Gründen unerwählbar und sollte - auch wenn sie kleine Schönheitsfehler enthalten sollte - schnellstens zum Abschluß gebracht werden. Zwei Gründe sprechen dafür: einmal die Notwendigkeit, der Wirtschaft die ruinösen Lasten zu erleichtern, zum andern, um den notorischen Befürwortern des Schlagwortes von der "Steuerhinterziehung aus Notwehr" den Boden zu entziehen.

Daneben aber müssen die eingeleiteten scharfen Maßnahmen gegen die Steuerstücker ohne Rücksicht durchgeführt und noch verschärft werden. Steuerhinterziehung ist heute eines der größten Verbrechen in unserem öffentlichen Leben, und es muß dafür gesorgt werden, daß diese Erkenntnis Allgemeingut wird. Verbrechen aber müssen ihrer Schwere entsprechend bestraft werden. Nur so kommen wir endlich dahin, daß jeder dem Staate - der Allgemeinheit - gibt, was des Staates ist, und nicht nur jene, denen man die Steuern vom Lohn oder Gehalt abzieht.

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr.64.
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065
Gedruckt in der Redaktion DUD Frankfurt a.M., I/49/600.
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
